

Aktenzeichen: 86-131/9/2018

Betrifft: Errichtung von Stützbauwerken auf den Grundstücken
Nr. 118 und 119/1 beide K.G. Gmünd
Josef Elbischger, 9853 Gmünd, Schloßbichl 2

K U N D M A C H U N G (Verständigung)

Der Bauwerber, Herr Josef Elbischger, wohnhaft in 9853 Gmünd, Schloßbichl 2 hat mit Eingabe vom 09. März 2018 um die Erteilung der Baubewilligung für folgendes Bauvorhaben auf den Grundstücken Nr. 118 und 119/1 beide K.G. Gmünd angesucht:

Errichtung von Stützbauwerken

Der Bürgermeister der Stadtgemeinde Gmünd in Kärnten ordnet hierüber gemäß der Bestimmung des § 16 der Kärntner Bauordnung 1996, LGBl.Nr. 62/1996 in der Fassung LGBl.Nr. 25/2017 eine mit einem Ortsaugenschein verbundene mündliche Verhandlung für

Dienstag, den 22. Mai 2018, 11.00 Uhr

an.

Die Amtsabordnung tritt an Ort und Stelle zusammen.

Sie werden eingeladen, unter Mitnahme dieser Ladung zur Verhandlung persönlich zu erscheinen oder bevollmächtigte Vertreter zu entsenden, die zur Abgabe endgültiger Erklärungen ermächtigt sind. Die Vertreter haben sich mit ordnungsgemäßer auf Namen oder Firma lautender schriftlicher Vollmacht auszuweisen.

Von den Teilnehmern an der mündlichen Verhandlung vorbereitete schriftliche Erklärungen müssen nach § 44 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, i.d.g.F., bei der Verhandlung verlesen werden, um als wirksame Erklärungen in die Verhandlungsniederschrift aufgenommen zu werden.

Die dem Bauansuchen zugrunde liegenden Pläne, Berechnungen und Beschreibungen liegen beim Gemeindeamt der Stadtgemeinde Gmünd in Kärnten, 9853 Gmünd, Hauptplatz 20, während der Amtsstunden zur Einsicht durch die Beteiligten auf.

Die Kundmachung hat zur Folge, dass nach § 42 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, i.d.g.F., Einwendungen, die nicht spätestens am Tag vor Beginn der Verhandlung bei der Behörde oder während der Verhandlung selbst vorgebracht werden, keine Berücksichtigung finden und mit Ablauf dieser Frist alle Rechte, die an die Parteistellung anknüpfen, entfallen.

Gemäß § 42 Abs. 3 des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetzes 1991, i.d.g.F., kann eine Person, die glaubhaft macht, dass sie durch ein unvorhergesehenes oder unabwendbares Ereignis verhindert war, rechtzeitig Einwendungen zu erheben, und die kein Verschulden oder nur ein milderer Grad des Versehens trifft, binnen zwei Wochen nach dem Wegfall des Hindernisses, jedoch spätestens bis zum Zeitpunkt der rechtskräftigen Entscheidung der Sache bei der Behörde Einwendungen erheben. Solche Einwendungen gelten als rechtzeitig erhoben und sind von jener Behörde zu berücksichtigen, bei der das Verfahren anhängig ist.

Versäumt derjenige, über dessen Antrag das Verfahren eingeleitet wurde, die Verhandlung, so kann sie entweder in seiner Abwesenheit durchgeführt werden oder auf seine Kosten auf einen anderen Termin verlegt werden. Im Falle der Verhinderung des Antragstellers aus wichtigen Gründen wird daher um sofortige Mitteilung an die Baubehörde ersucht, um allenfalls den Termin verschieben zu können.

Der Bauwerber wird beauftragt, den Standort des Bauvorhabens an Ort und Stelle auszuflocken.

Ergeht nach-
weislich an:

- 01) Herrn Josef Elbischger
9853 Gmünd, Schloßbichl 2
- 02) Stadtgemeinde Gmünd
9853 Gmünd, Hauptplatz 20
- 03) Amt der Kärntner Landesregierung
Abteilung 9 (Straßen und Brücken)
Straßenbauamt Spittal/Drau
9851 Lieserbrücke, Feichendorf 16
- 04) BM DI. Gerald Gasparin
9523 Landskron, Adlerstraße 53
- 05) Kelagnetz GmbH
Netzleitung Spittal
9800 Spittal/Drau, Tiroler Straße 5
(per E-Mail: spittal@kaerntennetz.at)
- 06) Telekom Austria AG
Auftragsmanagement
8051 Graz, Exerzierplatz 34
(per E-Mail: Planinfo.sued@a1telekom.at)
- 07) Öffentliche Bekanntmachung
durch Anschlag
- 08) Öffentliche Bekanntmachung
auf der Homepage www.stadtgmueund.at
- 09) Zu den Akten

Der Bürgermeister:

Josef Jury

Zur öffentlichen Bekanntmachung:

Angeschlagen am:

Abgenommen am: